

DEPORTATION-BADEN AIRPARK KAMPAGNE GEGEN ABSCHIEBUNGEN

Zentrale Demonstration gegen Abschiebungen am 8. Mai 2010, 14.00 Uhr, Karlsruhe

Über den Deportation-Baden Airpark wurden in den letzten zehn Jahren tausende MigrantInnen mit polizeilicher Gewalt in ihr Herkunftsland abgeschoben. Grund für die Abschiebungen ist eine rassistische und auf Abschottung ausgerichtete europäische Migrationspolitik. „Fremde“ werden als Bedrohung dargestellt und dementsprechend wahrgenommen. Sie scheinen nicht in das ökonomische Konzept der AG Deutschland zu passen. Der Deportation-Airpark ist Drehscheibe für Charter-Abschiebungen auch von zahlreichen Roma-Familien und anderen Minderheiten in die Länder Ex-Jugoslawiens.

Vom Deportation-Baden Airpark finden regelmäßig jeden Monat, abgeschottet über den alten Terminal, Abschiebeflüge statt. Während sich gleichzeitig Urlauber mit dem „Mallorca-Shuttle“ auf den Weg machen oder Urlauber mit dem Billigflieger Ryan-Air nach Bari in Süditalien fliegen, werden Menschen in „ein Leben am Rande der Müllkippe“ in den Kosovo abgeschoben (Bernd Mesovic von Pro Asyl). Viele der Abgeschobenen waren zuvor im Abschiebegefängnis in Mannheim eingesperrt worden, weil sie nicht „freiwillig ausreisen“ wollten.

Von zwei Fluggesellschaften, nämlich Air Berlin und Hamburg International (HHI), die am Baden-Airpark aktiv sind, ist bekannt, dass sie sich am schmutzigen Geschäft der Abschiebungen beteiligen. Im Februar hat das Regierungspräsidium Karlsruhe einen Abschiebecharter von Hemus Air (Bulgaria Air) organisiert.

Im Internet-Auftritt des Baden-Airparks finden sich zwar allerlei Informationen und Daten, aber nichts über jene, die mit exekutiver Gewalt aus Deutschland entfernt wurden. Die Betreiber wissen, dass dies keine gute Werbung für ihre Geschäfte ist.

Sie sollen aber wissen, dass wir ihr Schweigen brechen werden! Wir fordern den Baden-Airpark und die verantwortlichen Fluggesellschaften dazu auf, sich sofort aus dem Geschäft mit den Abschiebungen zurückzuziehen!

Nach der Aufenthalts- und Asylzuständigkeitsverordnung (AAZuVO) ist das Regierungspräsidium Karlsruhe ab dem 1. Januar für ganz Baden-Württemberg für die Entscheidung, Organisation und Durchführung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zuständig. Praktischerweise befindet sich Karlsruhe in unmittelbarer Nähe des Deportation Airpark, von wo aus die regelmäßigen Charterabschiebungen stattfinden...

Organisieren wir deshalb gemeinsam eine kraftvolle Demonstration gegen das Regierungspräsidium Karlsruhe und den Deportation- Baden Airpark!

Wer bleiben will, soll bleiben!

Info-Vorveranstaltung..... , Mahnwache....., Zentrale Demo...und Aktionen auf verschiedenen Plätzen,

Innenministerkonferenz lehnt Abschiebestopp für Roma ab

Die Konferenz der Innenminister hat am 3./4. Dezember 09 in Bremen nicht auf den geforderten Abschiebestopp für Roma reagiert. Nun droht auf Grundlage eines Abkommens der Bundesregierung mit der Republik Kosovo rund 15.000 Menschen, darunter 10.000 Roma, die Abschiebung in den Kosovo. Dort

erwartet sie ein Leben ohne Perspektive. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 90% und es gibt kaum Infrastruktur. Zudem sind Roma im Kosovo ständiger Diskriminierung ausgesetzt und müssen in Angst vor Übergriffen und Pogromen leben.

Mit dem Abkommen wurde zugleich die Zentralisierung der zuständigen Abschiebebehörden festgelegt. Für die nördlichen Bundesländer ist die zentrale Ausländerbehörde Bielefeld, für den Süden das Regierungspräsidium Karlsruhe zuständig.

Von Abschiebungen bedroht sind bundesweit auch etwa 7.000 MigrantInnen aus Syrien, weil ein Rücknahmeabkommen mit Damaskus abgeschlossen wurde. Nachweislich wurden inzwischen mehrere Betroffene nach ihrer Ankunft in Syrien inhaftiert und gefoltert, selbst das auswärtige Amt warnt vor Abschiebungen nach Syrien – den Innenministern ist das egal!

Abkommen auf EU-Ebene gibt es beispielsweise auch mit Marokko, Sri Lanka, Pakistan, Algerien, China, Russland und der Türkei (wird zurzeit verhandelt), mit oft fatalen Folgen für die Betroffenen.

Für ein humanitäres und dauerhaftes Bleiberecht!

Gegen die drohende Abschiebungen von 1.200 Roma aus Baden-Württemberg haben der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Caritas und die Diakonie im November 09 beim Stuttgarter Landtag eine Petition mit der Forderung nach einem „sofortigen Abschiebestopp und einem humanitären Bleiberecht für Roma“ eingereicht.

Über 3.500 Menschen haben bislang einen Aufruf von Pro Asyl, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten und von Flüchtlingsräten nach einem „dauerhaften Aufenthaltsrecht für Roma“ unterzeichnet.

Im Dezember 1938 erging der Runderlass von Heinrich Himmler „zur Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus.“ Über 500.000 Roma und Sinti wurden daraufhin unter der Nazi-Herrschaft in Europa ermordet.

Die Unterzeichnenden des Aufrufes verlangten von den staatlichen VertreterInnen auf allen Ebenen einen anderen Umgang mit Angehörigen von Gruppen, die während des Faschismus verfolgt wurden. Die BRD wird daher aufgefordert, ihre historische Verantwortung als Nachfolgestaat Nazideutschlands wahr zu nehmen und als Konsequenz den Roma ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu geben, anstatt sie in den Kosovo abzuschicken.

Darüber hinaus erwächst Deutschland nicht nur aus der Zeit des Nationalsozialismus eine Verantwortung gegenüber den Roma. Der Krieg gegen Jugoslawien, den Deutschland durch seine Politik maßgeblich vorangetrieben hat, führte zu massenhafter Flucht von ethnischen Minderheiten aus dem Kosovo. Es wird Zeit, dass Deutschland auch dieser Verantwortung endlich gerecht wird.

Dieser Aufruf, der sich speziell auf die Situation der Roma konzentriert, steht stellvertretend für alle von Abschiebungen bedrohten Flüchtlinge aus allen Ländern!

Wer bleiben will, soll bleiben!